



Richtlinien für die Bewilligung von Mittagstischen

Stand 1. November 2010

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
1. Geltungsbereich	1
2. Organisatorische und pädagogische Grundsätze	1
2.1 Organisatorische Grundsätze.....	1
2.2 Pädagogische Grundsätze	2
2.3 Räumlichkeiten	2
2.3.1 Anzahl und Grösse	2
2.3.2 Aussenräume	2
2.3.3 Ausstattung.....	3
3. Personal	3
3.1 Erfahrungsanforderungen	3
3.2 Mittagstischgrösse	4
3.3 Stellenplan / Personalschlüssel.....	4
4. Ernährung und ärztliche Überwachung	4
4.1 Ernährung	4
4.2 Ärztliche Überwachung	4
5. Wohnhygiene und Brandschutz	5
6. Finanzen	5
7. Versicherungen	6
8. Bewilligungsverfahren	6
8.1 Zuständigkeit zur Erteilung der Bewilligung.....	6
8.2 Bewilligungsgesuch.....	6
8.3 Bewilligung.....	6
8.4 Änderung der Verhältnisse.....	7
8.5 Widerruf der Bewilligung	7
9. Aufsicht	7
10. Übergangsbestimmungen	7
11. Inkrafttreten	8

1. Geltungsbereich

Die vorliegenden Richtlinien gelten für die Bewilligung von Mittagstischen. Sie gelten als Mindeststandards und konkretisieren die rechtlichen Vorgaben. Grundlagen der Richtlinien bilden die eidgenössische Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption (PAVO; SR 211.222.338) sowie das kantonale Pflegekindergesetz (BR 219.050).

Die Mittagstische müssen über diese Richtlinien hinaus den gesetzlichen Vorschriften und weiteren Bestimmungen bezüglich Wohnhygiene, Lebensmittelkontrolle, Bauordnung, Brandschutz etc. entsprechen.

Die Mittagstische bieten Kindern und Jugendlichen im Kindergarten- und Volksschulalter die Möglichkeit, in der Mittagspause eine geregelte Mahlzeit zusammen mit anderen Kindern und Jugendlichen einzunehmen und während der Mittagspause bis zum Schulanfang am Nachmittag betreut zu sein.

2. Organisatorische und pädagogische Grundsätze

Art. 15 Abs. 1 lit. a PAVO: „Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn eine für die körperliche und geistige Entwicklung förderliche Betreuung der Unmündigen gesichert erscheint;“

Art. 15 Pflegekindergesetz: „In Ergänzung zum Bundesrecht wird die Bewilligung nur erteilt, wenn sich das Sozialamt vergewissert hat, dass die verantwortliche Leitung die Wahrnehmung der Erziehungs- und Betreuungsaufgaben in zweckmässiger Weise schriftlich in für Dritte zugänglicher Ausgestaltung festgelegt hat. Mittagstische sind von diesen Bewilligungsvoraussetzungen ausgenommen.“

Die Einrichtung verfügt über organisatorische und pädagogische Grundsätze. Ziel ist die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu fördern.

2.1 Organisatorische Grundsätze

Die organisatorischen Grundsätze haben zwingend folgende Punkte zu umfassen:

- Beschreibung der Organisationsform
- Standort, Räumlichkeiten
- Adressaten (Zielgruppe, Anzahl Plätze, Alterssegment)
- Öffnungszeiten, Betriebsferien
- Verpflegungsangebot
- Tarifreglement
- Mitarbeitende / Personal

Empfehlung

- Vor Eröffnung einer neuen Einrichtung ist ein **Bedarfsnachweis** durchzuführen. Der Bedarfsnachweis (Anfrage und Erhebung von bereits bestehenden familienergänzenden Betreuungsangeboten; Umfrage in Gemeinden, bei Ämtern, bei Krippenleitungspersonen usw.) hilft festzustellen, ob ein neues Angebot zum geplanten Preis einem Bedürfnis entspricht oder nicht.
- Es besteht eine **Trägerschaft** für die Einrichtung. Sie stellt sicher, dass die strategische und operative Führung in der Einrichtung getrennt sind.
- **Anstellungsbedingungen** für die Mitarbeitenden sind schriftlich formuliert.
- Die Einrichtung verfügt über eine **Betriebshaftpflichtversicherung**.
- Beschreibung und Regelung der **Beschwerde- und Kritikmöglichkeiten** für Kinder und Jugendliche und deren Erziehungsberechtigte sind schriftlich vorhanden.

2.2 Pädagogische Grundsätze

Die pädagogischen Grundsätze haben zwingend folgenden Punkt zu umfassen:

- Aufnahme-, Austritts- und Ausschlussverfahren und deren Bedingungen (Kriterien der Aufnahme, des Austrittes und des Ausschlusses von Kindern und Jugendlichen)

Empfehlung

Die Einrichtung verfügt über ein **Leitbild**.

2.3 Räumlichkeiten

2.3.1 Anzahl und Grösse

Die Räumlichkeiten müssen über folgende Aufteilungen und Grössen verfügen:

- Neben den üblichen Nebenräumen (Küche und WC) müssen mindestens zwei Räume mit genügend Tageslicht für den Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Als Richtgrösse gelten rund 3 m² pro Platz ohne Nebenräume.
- Einer der zwei Räume muss sich eignen, um Schulaufgaben zu erledigen.

2.3.2 Aussenräume

- Unmittelbar angrenzend muss ein verkehrssicherer Aussenraum (Spielplatz, Wiese) bestehen, der den Kindern erlaubt, ihre freie Zeit an frischer Luft zu verbringen.
- Für Spielgeräte im Aussenbereich sind die Anforderungen der bfu zu beachten.¹

¹ <http://www.bfu.ch> „Bestellen/Shop – Eingabe: Kinderspielplätze“

Empfehlung

- Befindet sich der Mittagstisch auf dem Schulhausareal, wird empfohlen, mit der Schulleitung eine Abmachung betreffend Pausenhofareal zu treffen.
- Die Benützung des Aussenareals muss vorgängig mit den Anstössern genau besprochen werden.

2.3.3 Ausstattung

- Die Ausstattung hat den an die jeweilige Altersstufe angepassten Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen zu entsprechen.
- Die Innen- und Aussenräume müssen Platz bieten für Mittagsruhe, ruhige Spielmöglichkeit, Aufgabenerledigung und Bewegung.
- Die Räume müssen den Kindern grösstmögliche Sicherheit bieten:
 - Stellen, bei denen eine Absturzgefahr besteht, sind durch Geländer oder Brüstungen gesichert.
 - Arzneimittel, Reinigungsmittel und Chemikalien werden für die Kinder und Jugendlichen unerreichbar aufbewahrt.

Empfehlung

Mithilfe der „Checkliste sicherer Haushalt“ und dem Bericht „Unfallverhütung bei Kindern bis zu 16 Jahren“ der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) können vorhandene mögliche Gefahrenquellen beseitigt werden.²

3. Personal

Art. 15 Abs. 1 lit. b PAVO: „Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn der Leiter und seine Mitarbeiter nach Persönlichkeit, Gesundheit, erzieherischer Befähigung und Ausbildung für ihre Aufgabe geeignet sind und die Zahl der Mitarbeiter für die zu betreuenden Unmündigen genügt;“

3.1 Erfahrungsanforderungen

- Als erfahrene Personen gelten Mitarbeitende, welche über Kompetenzen und Erfahrungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen in der entsprechenden Altersstufe verfügen. Die Einrichtung hat diese Kompetenzen und Erfahrungen zu beurteilen und gegebenenfalls zu belegen.

² <http://www.bfu.ch> „Bestellen/Shop – Eingabe: Checkliste – Eingabe: Unfallverhütung“

3.2 Mittagstischgrösse

- Eine Mittagstischgruppe besteht aus maximal 28 Plätzen.
- Kinder mit besonderen Bedürfnissen (z. B. Kinder, die in ihrer Entwicklung zurückliegen; Kinder mit einer Behinderung; Kinder, die mit ihrem Verhalten besonders auffallen etc.) beanspruchen je nach Betreuungsbedarf bis zu 1.5 Plätze. Die Beurteilung des Betreuungsbedarfs liegt im Ermessen der Leitung der Einrichtung und der aktuellen Betreuungspersonen.

3.3 Stellenplan / Personalschlüssel

- Es muss immer mindestens eine erfahrene Betreuungsperson pro Gruppe vor Ort sein.
- Sind in einer Mittagstischgruppe weniger als 13 Plätze besetzt, muss mindestens eine erfahrene Betreuungsperson vorhanden sein. Sind 13 bis maximal 20 Kinder oder Jugendliche in einer Gruppe, ist mindestens eine zweite Betreuungsperson erforderlich, davon eine erfahrene (s. Punkt 3.1). Ab 21 Kindern oder Jugendlichen müssen drei Betreuungspersonen anwesend sein, davon mindestens eine erfahrene.

4. Ernährung und ärztliche Überwachung

Art. 15 Abs. 1 lit. c PAVO: „Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn für gesunde und abwechslungsreiche Ernährung und für ärztliche Überwachung gesorgt ist;“

4.1 Ernährung

- Es ist auf eine altersgerechte, gesunde, saisonale und ausgewogene Ernährung zu achten.
- Beim Mittagessen wird jeweils Gemüse oder Salat angeboten.

Empfehlung

- Es werden nur ungezuckerte Getränke abgegeben.
- Die Kinder reinigen nach jedem Mittagessen ihre Zähne.

4.2 Ärztliche Überwachung

- Die Einrichtung verfügt über einen Notfall- und Unfallplan. Dieser gibt Auskunft zum Vorgehen bei Unfällen, bei Krankheiten sowie bei Notfällen. Das Personal kennt das Vorgehen im Notfall und den Sammelplatz bei Evakuierungen.
- Die Einrichtung verfügt über eine Notfallapotheke. Die Notfalltelefonnummern sind beim Telefon gut sichtbar angeschlagen.

5. Wohnhygiene und Brandschutz

Art. 15 Abs. 1 lit. d PAVO: „Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Einrichtungen den anerkannten Anforderungen der Wohnhygiene und des Brandschutzes entsprechen;“

- Die Räumlichkeiten und die Ausstattung müssen den gesetzlichen Vorschriften und weiteren Bestimmungen bezüglich Wohnhygiene³, Lebensmittelkontrolle⁴ und Brandschutz⁵ entsprechen.
- Die Einrichtung hat die Zuständigkeit für die Reinigung und Hygiene der Räumlichkeiten festgelegt.
- In der Einrichtung bestehen genügend und geeignete Waschanlagen. Pro Gruppe stehen mindestens zwei separate WC-Anlagen zur Verfügung.

6. Finanzen

Art. 15 Abs. 1 lit. e PAVO: „Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn das Heim eine gesicherte wirtschaftliche Grundlage hat;“

Die Trägerschaft stellt sicher, dass die Finanzierung des Mittagstisches gewährleistet ist. Die gesicherte wirtschaftliche Grundlage umfasst folgende Punkte:

- Im Zusammenhang mit einem Gesuch um die erstmalige Bewilligung: Detailliertes Budget für das erste Betriebsjahr und Finanzierungsplan für die nächsten zwei Betriebsjahre (Elternbeiträge, Beiträge des Bundes, des Kantons, der Gemeinden, von Privaten etc.), ungefähre Annahmen über die Entwicklung der Auslastung der ersten drei Jahre sowie Besoldungsordnung der Mitarbeitenden.
- Im Zusammenhang mit der Erneuerung einer Bewilligung: Vorhandene Jahresrechnung (Erfolgsrechnung und Bilanz) und Jahresbericht sowie detailliertes Budget.

Die Tarife dürfen die von der Regierung verbindlich festgelegten Maximaltaxen nicht überschreiten (s. Regierungsbeschluss, Protokoll-Nr. 766, Sitzung vom 26. Juni 2007).

³ s. kommunale (Bau-)Gesetzgebungen

⁴ Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG; SR 817.0)
Art. 12 Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV; 817.02)
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelverordnung; BR 507.100)

s. auch www.alt.gr.ch (Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit)

⁵ Art. 47 des Gesetzes über die Gebäudeversicherung (BR 830.100)
Art. 7 Abs. 2 und Art. 11 Abs. 1 lit. b der Feuerpolizeiverordnung (FPV; BR 838.100)
Art. 4 lit. c Ausführungsbestimmungen zur Feuerpolizeiverordnung (BR 838.150)
s. auch www.gvg.gr.ch (Gebäudeversicherung Graubünden)

7. Versicherungen

Art. 15 Abs. 1 lit. f PAVO: „Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn eine angemessene Kranken-, Unfall- und Haftpflichtversicherung der Unmündigen gewährleistet ist.“

Bei Neueintritt eines Kindes erbringen die Erziehungsberechtigten den schriftlichen Nachweis gegenüber der Einrichtung, dass und bei wem ihr Kind gegen Krankheit, Unfall und Haftpflicht versichert ist.

8. Bewilligungsverfahren

8.1 Zuständigkeit zur Erteilung der Bewilligung

*Art. 2 Abs. 1 lit. a Pflegekindergesetz: „Das Sozialamt erteilt der verantwortlichen Person die Bewilligung für:
a) Familien- und Heimpflege; [...]“*

8.2 Bewilligungsgesuch

*Art. 14 PAVO: „Das Gesuch muss alle sachdienlichen, mindestens aber folgende Angaben enthalten:
a. Zweck, rechtliche Form und finanzielle Grundlage des Heims;
b. Anzahl, Alter und Art der aufzunehmenden Unmündigen, gegebenenfalls Unterrichtsprogramm oder therapeutisches Angebot;
c. Personalien und Ausbildung des Leiters, Anzahl und Ausbildung der Mitarbeiter;
d. Anordnung und Einrichtung der Wohn-, Unterrichts- und Freizeiträume.
Ist der Träger des Heims eine juristische Person, so sind die Statuten beizulegen und die Organe bekanntzugeben.
Die Behörde kann Belege und weitere sachdienliche Auskünfte verlangen.“*

Es ist das entsprechende Formular (siehe unter www.soa.gr.ch) zu verwenden.

8.3 Bewilligung

*Art. 16 PAVO: „Die Bewilligung wird dem verantwortlichen Leiter des Heims erteilt und gegebenenfalls dem Träger angezeigt.
Die Bewilligung hält fest, wie viele und was für Personen aufgenommen werden dürfen; sie kann auf Probe erteilt oder befristet und mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden.
Wechselt der verantwortliche Leiter, so ist eine neue Bewilligung einzuholen.“*

Die Bewilligung wird der Leitung des Mittagstisches befristet erteilt. Im Fall eines Leiterwechsels müssen nur die mit der Änderung in Zusammenhang stehenden Angaben eingereicht werden.

8.4 Änderung der Verhältnisse

Art. 18 PAVO: „Der Leiter und gegebenenfalls der Träger des Heims haben der Behörde beabsichtigte wesentliche Änderungen der Organisation, der Einrichtungen oder der Tätigkeit des Heims, insbesondere auch die Erweiterung, Verlegung oder Einstellung des Betriebs, rechtzeitig zum voraus mitzuteilen. Ausserdem sind alle besondern Vorkommnisse zu melden, welche die Gesundheit oder die Sicherheit der Unmündigen betreffen, insbesondere schwere Krankheiten, Unfälle und Todesfälle. Die Bewilligung darf nur bestehen bleiben, wenn das Wohl der Unmündigen weiterhin gewährleistet ist; sie ist gegebenenfalls zu ändern und mit neuen Auflagen und Bedingungen zu verbinden.“

Bei einer Änderung der Verhältnisse wird eine neue Bewilligung ausgestellt. Diese kann mit neuen Auflagen versehen werden.

8.5 Widerruf der Bewilligung

Art. 20 PAVO: „Können Mängel durch Beratung oder Vermittlung fachkundiger Hilfe nicht beseitigt werden, so fordert die Behörde den Leiter des Heims unter Mitteilung an den Träger auf, unverzüglich die zur Behebung der Mängel nötigen Vorkehren zu treffen.

Die Behörde kann das Heim einer besondern Aufsicht unterstellen und dafür besondere Vorschriften erlassen.

Sind diese Massnahmen erfolglos geblieben oder erscheinen sie zum vornherein ungenügend, so entzieht die Behörde die Bewilligung, trifft rechtzeitig die zur Schliessung des Heims erforderlichen Anordnungen und unterstützt nötigenfalls die Versorger bei der Unterbringung der Unmündigen; liegt Gefahr im Verzug, so verfügt sie die sofortige Schliessung des Heims.“

Werden Mängel nicht oder nicht rechtzeitig beseitigt oder werden Änderungen der Bewilligungs Voraussetzungen nicht oder nicht rechtzeitig gemeldet, kann die Bewilligung widerrufen oder mit neuen Auflagen versehen werden.

9. Aufsicht

Art. 19 Abs. PAVO: „Sachkundige Vertreter der Behörde müssen jedes Heim sooft als nötig, wenigstens aber alle zwei Jahre besuchen.

Sie haben die Aufgabe, sich in jeder geeigneten Weise, namentlich auch im Gespräch, ein Urteil über das Befinden und die Betreuung der Unmündigen zu bilden.

Sie wachen darüber, dass die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung erfüllt und die damit verbundenen Auflagen und Bedingungen eingehalten werden.“

Das Kantonale Sozialamt übt die Aufsicht über die Mittagstische aus und überprüft die Einhaltung der Richtlinien. Aufsichtsbesuche werden in der Regel angekündigt. Sie können auch unangemeldet und in kürzeren Abständen erfolgen.

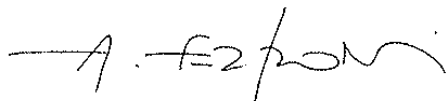
10. Übergangsbestimmungen

Einrichtungen, die bereits über eine Bewilligung verfügen, haben die Richtlinien spätestens im Zusammenhang mit einer Erneuerung der Bewilligung zu erfüllen.

11. Inkrafttreten

Die Richtlinien treten am 1. November 2010 in Kraft.

Kantonales Sozialamt Graubünden

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Ferroni' with a stylized flourish at the end.

Andrea Mauro Ferroni

Amtsleiter

Chur, 1. November 2010